

Bernhard Mittermaier

Wissenssystem Bibliotheken

Bibliotheken haben es nicht leicht, aber manchmal hat man es auch nicht leicht mit Bibliotheken

Am Anfang dieses kurzen Blicks auf die Bibliotheken soll die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg stehen. Während Museen und Archive ihre Bestände oftmals in Sicherheit gebracht hatten und so vor der Vernichtung schützen konnten, hatten die Verluste unter den Bibliotheksbeständen dramatische Ausmaße. Manche Bibliothek wie z. B. die BTH Aachen war mit 50 Prozent Verlust noch arbeitsfähig, andere wie die Stadtbibliotheken Essen und Duisburg mit 90 Prozent bzw. 100 Prozent Verlust waren praktisch nicht mehr existent (Schmidt-Künsemüller 1947).

Die Alliierten hatten ein großes Interesse an funktionierenden Bibliotheken. Ein britischer Besatzungsoffizier schrieb: „Ich bin beunruhigt über die Tatsache, dass der deutschen Bevölkerung wenig geistige Nahrung geboten wird. Die Deutschen sind es seit Jahren gewohnt, andauernd mit Propaganda gefüttert zu werden. Das ist nun plötzlich vorüber.“ (Donnison 1961). Ein anderer Besatzungsoffizier, Kenneth Garside, der spätere Bibliotheksdirektor des Kings College (London), schrieb:

„Solange Deutschland in geistiger Isolation lebt, brauchen wir nicht zu hoffen, dass wir die angestrebte Umorientierung des Denkens der Deutschen erreichen. Deutsche Bibliotheken müssen dabei eine wichtige Rolle in unserem Kampf gegen die nationalsozialistische Weltanschauung spielen.“ (Garside 1947)

Die Praxis der Entnazifizierung der Bibliotheksbestände ergab jedoch auch ungewollt Parallelen zur nationalsozialistischen Zensur. Wiederum Garside: „Über die Säuberung der Buchbestände der deutschen Bibliothe-

ken müssen wir nochmals gründlich nachdenken, denn in den Augen der Deutschen haben wir exakt das Gleiche gemacht wie die Nazis 1933, als die aus ähnlichen Gründen Bücher entfernt haben.“

Eine Aachener Bibliothekarin erklärte denn auch dem britischen Dichter Stephen Spender, der im Herbst 1945 als Inspekteur an Rhein und Ruhr tätig war:

„Bitte, Herr Spender, seien Sie ganz beruhigt. Wir verstehen genau, was Sie wollen, und es gibt absolut keine Schwierigkeiten, Ihre Anweisungen durchzuführen. Sehen Sie doch: Während des ganzen Naziregimes haben wir sämtliche Bücher jüdischer und sozialistischer Autoren in einem Spezialkeller hinter Schloß und Riegel aufbewahrt, weil sie nur von historischem und wissenschaftlichem Interesse waren. Jetzt brauchen wir diese Bücher nur hervorzuholen, sie auf unsere offenen Regale zu stellen und stattdessen alle Nazibücher wegzuschließen, denn jetzt sind die nur noch von historischem und wissenschaftlichem Interesse.“ (Spender 1995)

„Geld ist rund und rollt weg, aber Bildung bleibt.“

(Heinrich Heine)

In den weiteren Jahren begann der Verteilungskampf um finanzielle Ressourcen aufs Neue. Der Aachener Bibliotheksdirektor Wilhelm Bayer beklagte, dass 1948/49 nach einer Erhebung des Deutschen Städtebundes Theater, Orchester und Chöre in 126 Mitgliedsstädten pro Kopf durchschnittlich mit 3,50 DM bezuschusst wurden, alle „wissenschaftlichen Bibliotheken, Einheitsbüchereien und Volksbüchereien zusammen 42 Pfennig je Kopf der Bevölkerung, das ist noch nicht einmal ein Achtel jener anderen Summe“. Bayer führte weiter aus:

„Wir Bibliothekare haben nichts gegen Theater und Konzerte, wir sind nicht amüsiert, durchaus nicht. Aber wir müssen uns doch sinnend sagen, daß die alten Griechen in ihrer tiefen Weisheit die Gestalten der neun

Musen geschaffen haben. Neun Musen waren es, nicht zwei oder drei. Neben den Musen, denen Bühnenspiel und Tanzkunst anvertraut waren, stehen da weitere, die über die verschiedenen Bereiche der Dichtkunst gebieten, stehen weiterhin zwei Musen, in denen wir Vertreterinnen der hohen Wissenschaft in ihren beiden großen Bereichen glauben begrüßen zu dürfen: Klio, die Muse der Geschichte, für den Bereich der Geisteswissenschaften, und Urania, die Muse der Sternkunde, für die Naturwissenschaften. Manch einer mag es heute erstaunlich finden, daß die alten Griechen sich die Schutzgottheiten der Wissenschaften nicht als ernste, würdige Greise mit langen Bärten vorstellten, sondern als anmutige, jugendliche, blühende Gestalten, eben als Musen; aber die alten Griechen taten es, und sie waren ein weises Volk. Und wenn wir an die Neunzahl der Musen denken, und wenn wir berechnen, wieviel Mittel etwa in manchen Haushaltsplänen an die leichtbeschwingten Musen der Bühne und der Musik fließen, so müssen wir sorgenvoll darauf hinweisen, daß die armen Musen der Dichtkunst und der Wissenschaft, denen wir in unseren Bibliotheken eine Heimstatt zu bieten uns bemühen, bei der Karglichkeit der haushaltsplanmäßigen Rationen zuweilen durch Unterernährung dem Siechtum anheimzufallen drohen.“ (Bayer 1951)

Dieser offene Konkurrenzkampf verschiedener Einrichtungen von Bildung und Kultur ist aber eher die Ausnahme. In der Regel wird ein zu deutlicher Verweis auf (vermeintlich) bessere Verhältnisse an anderer Stelle vermieden und nur die Situation im Bibliothekswesen in den Blick genommen. So schrieb Heinrich Böll Anfang der 1980er Jahre an den Kölner Oberbürgermeister:

„Ich kann nicht ermessen, wo überall gespart werden muß, weiß nur, daß es besonders gefährlich und sinnlos ist, an Bibliotheken so radikal zu sparen, wie es allenthalben geschieht. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten – und es werden noch härtere Zeiten kommen – sinkt nicht die Bedeutung der Öffentlichen Bibliotheken, sie steigt, wie nicht

nur die Erfahrung – siehe den Zulauf zu den Bibliotheken in den Zeiten der Weltwirtschaftskrise! – auch die Logik beweist: weniger Menschen können sich Bücher kaufen, die sie dringend benötigen, mehr Menschen haben Zeit, die sie nicht sinnlos vertun, sondern sich im allerweitesten Sinne weiterbilden, weiterinformieren wollen; es wird mehr ‚Freizeit‘ geben, immer mehr, wie ich fürchte, es werden möglicherweise sogar Menschen zu Lesern, die vorher keine waren usw. – und genau in diesem Augenblick wird der Bestand der Bibliotheken reduziert!“ (Böll)

Ähnliche Aussagen hätten genauso gut eine Generation früher oder eine Generation später getroffen werden können. Zwei willkürlich herausgegriffene Beispiele: 1966 beklagte der Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen (vbnw), dass bei jeder dritten Öffentlichen Bibliothek der Etat gekürzt wurde (vbnw 1966). Und 2009 protestierte der vbnw gegen die Methodik der Überprüfung der kreisfreien Städte durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA). Die GPA hatte die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben aller kreisfreien Städte zum Maßstab genommen und für jede andere Gemeinde vorgerechnet, wie hoch das Einsparpotenzial ist, wenn man diesen niedrigsten Wert zum Vergleich nimmt.

„Nach der Logik der GPA ist die Kommune die wirtschaftlichste, die den geringsten Aufwand bei den freiwilligen Bildungs- und Kulturausgaben treibt. Bis zum bitteren Ende gedacht, bedeutet das: Die Stadt ohne jedes kulturelle Angebot, ohne Musikschule und Öffentliche Bibliothek erfüllt die GPA-Vorgaben perfekt. (...) Im Fall der Bibliotheken bezeichnet die GPA ‚geringe Jahresöffnungszeiten‘, die ‚Sicherstellung der Grundversorgung durch einen geringen Medienbestand‘ und eine ‚geringe Fachpersonalquote‘ bei ‚regelmäßigen Entgelterhöhungen‘ als Ausdruck einer ‚guten kommunalen Praxis‘.“ (vbnw 2009)

„There is mounting concern that the financial benefits from the Government's substantial investment in research are being diverted to an excessive degree into the pockets of publishers' shareholders.“

(House of Commons 2004)

Die immer wiederkehrenden finanziellen Probleme der Öffentlichen wie der Wissenschaftlichen Bibliotheken haben strukturelle Ursachen. Bei den Öffentlichen Bibliotheken liegt das Problem darin begründet, dass das Bibliothekswesen zu den freiwilligen kommunalen Aufgaben zählt und daher bei jeder finanziellen Schwierigkeit des jeweiligen Unterhaltsträgers auf der Streichliste steht. Die wissenschaftlichen Bibliotheken haben zwar in aller Regel nicht das Problem, dass der Unterhaltsträger sie als verzichtbar erklären würde, jedenfalls im Bereich der Hochschulbibliotheken. Wissenschaftliche Spezialbibliotheken, insbesondere Firmenbibliotheken und kirchliche Bibliotheken, können dagegen durchaus in existentielle Not geraten (Schmitz 2006). Universitätsbibliotheken haben damit zu kämpfen, dass vielerorts die Studierendenzahl die ursprünglichen Planungen bei Weitem übersteigt, der Bibliotheksetat aber nicht in gleicher Weise angepasst wurde. Im Gegenteil, oftmals stehen gerade in Auswirkung der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise sogar spürbare Kürzungen ins Haus:

„We expect significant and widespread cuts in budget levels for libraries and consortia: reductions unlike the sporadic or regional episodes experienced from year to year, with real and permanent reductions to base budgets. It may not be uncommon for library and consortia budgets to decline by double digits year over year.“ (ICOLC 2009).

Nun könnte man dies auch abtun nach dem Motto „Dann kauft man eben ein paar Bücher weniger“, doch tatsächlich ist die Handlungsfähigkeit der Bibliotheken deutlich beschränkter. Ein Großteil des Erwer-

bungsetats ist gebunden in Zeitschriftenabonnements, und deren Kosten wuchsen seit Mitte der 1980er Jahre mit oftmals zweistelligen Preissteigerungsraten: So stiegen von 1985 bis 2010 die Zeitschriftenpreise, die laut einer Erhebung der US-amerikanischen Association of Research Libraries und des Library Journal gezahlt wurden, Jahr für Jahr um durchschnittlich 8,8 Prozent, was sich am Ende des Zeitraums zu einer Gesamtpreissteigerungsrate von 823 Prozent addiert hat. Verbraucherpreise stiegen im gleichen Zeitraum durchschnittlich um 2,9 Prozent jährlich und insgesamt um 205 Prozent. Mit anderen Worten – in Extrapolation normaler Preissteigerung wäre eine Verdoppelung der Preise zu erwarten gewesen, tatsächlich gab es eine Verachtfachung. Die Folge sind Zeitschriftenabbestellungen in massivem Ausmaß insbesondere in den Naturwissenschaften, mit „Kollateralschäden“ in den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie bei den Monografien. Dort sind die Preissteigerungen zwar weniger drastisch, diese Gebiete müssen aber mit zur Mobilisierung der letzten Finanzreserven dienen.

Wie ist eine solche Entwicklung möglich? Ein Grund liegt im immer stärker werdenden Konzentrationsprozess in der Branche. Zwei Drittel des Marktes teilen sich nur sieben Verlagshäuser (House of Commons 2004). Je weniger Anbieter auf dem Markt sind, desto größer wird ihre Marktmacht. Erschwerend kommt hinzu, dass bei vielen Segmenten ein Quasi-Monopol besteht. Während man beispielsweise bei Lehrbüchern des Grundstudiums oft eine Auswahl zwischen den Produkten verschiedener Verlage hat, gibt es zu Zeitschriften wie „Nature“ und „Science“ keine Alternativen. Jede wissenschaftliche Bibliothek ist somit gezwungen, solche Zeitschriften zu lizenzieren und jede Preisforderung der Verlage zu akzeptieren. Die Folgen auf Seiten der Bibliotheken sind beschrieben, die Folgen auf Seiten der großen internationalen Konzerne sind überaus gute Ergebnisse. Beispielsweise hatte das in Amsterdam ansässige große Verlagshaus Elsevier, bei dem 1800 wissenschaftliche Zeitschriften erschei-

nen, im Jahr 2010 eine Umsatzrendite von 46 Prozent ... (Reed Elsevier 2011). Angesichts dessen wird deutlich, dass die Finanznot wissenschaftlicher Bibliotheken oft weniger an unzureichender Budgetierung durch die Unterhaltsträger als vielmehr an überkauften Produkten liegt. Wären nicht viele Zeitschriftenabonnements jährlich so teuer wie ein Mittelklassewagen, könnten die wissenschaftlichen Bibliotheken eine Versorgung mit Information und Literatur sicherstellen, die sich nicht immer nur am minimal Notwendigen orientiert.

„Man fragt sich, ob es wirklich Fachmänner sind, die hier beraten, wenn sie sich nicht einmal der Tatsache bewußt sind, daß ein entwickeltes Büchereiwesen die Voraussetzung jeder Erwachsenenbildung ist.“

(Langfeldt 1949)

Auch Öffentliche Bibliotheken sind regelmäßig in finanziellen Schwierigkeiten, bei ihnen liegt das Problem aber eher auf der Einnahmeseite. Sie werden in der Regel von den Kommunen finanziert und hängen „völlig von deren Situation und deren größerem oder geringerem Interesse am Bibliothekswesen ab“ (Krieg 1989). In den Nachkriegsjahren war Dr. Johannes Langfeldt, Direktor der Kölner Volksbüchereien, treibende Kraft der Bemühungen um ein Bibliotheksgesetz. 1948 wurde der Verband der Bibliotheken Nordrhein-Westfalens (vbnw) gegründet, und schon bei der Mitgliederversammlung 1949 trug Langfeldt seine Vorstellungen vor und publizierte sie auch im „Mitteilungsblatt“ des vbnw: „Vor einiger Zeit ist das erste Büchereigesetz in Sachsen erlassen worden. Es ist das Gesetz eines totalitären Staates und kann daher unmöglich das Muster abgeben für eine Büchereigesetzgebung hier in Westdeutschland. (...) (Es) ergibt sich, daß die Grundlage eines Büchereigesetzes im Westen die Achtung vor der örtlichen Initiative sein muß. Das drückt sich darin aus, daß

ein solches Gesetz überhaupt nichts vorschreiben oder befehlen würde, sondern daß seine Haltung die sein müßte, helfend und fördernd aufzutreten, wo sich die örtliche Initiative regt, bzw. geregt hat. Das heißt: der Grundcharakter eines westdeutschen Büchereigesetzes ist nicht ein Gebot seitens einer Regierung, sondern ein Angebot.“ (Langfeldt 1949). Zwischen den beiden Alternativen „Gebotsgesetz“, das das Bibliothekswesen zur kommunalen Pflichtaufgabe machen würde, und „Angebotsgesetz“, das den Gemeinden die Einrichtung einer Bibliothek freistellt, ihr aber im Fall der Einrichtung Leistungen des Landes verbindlich zusichert, votierte Langfeldt also deutlich für ein „Angebotsgesetz“. Bei der Mitgliederversammlung 1949 gab es allerdings auch kritische Stimmen, die davor warnten, die örtliche Initiative zu überschätzen. Verwiesen wurde dabei auch auf das Beispiel der Tschechoslowakei, die als demokratischer Staat zwischen 1919 und 1939 mithilfe eines Gebotsgesetzes ein vorbildliches Büchereiwesen aufgebaut habe (Krieg 1989).

Bei der nächsten Mitgliederversammlung 1950 stellte Langfeldt den Ausbau des ländlichen Büchereiwesens in den Mittelpunkt, der den Boden für eine gesetzliche Regelung bereiten sollte. In der Diskussion entstand eine Kontroverse um die Frage, inwieweit die angestrebten Bibliotheksgesetze in den westdeutschen Ländern aufeinander abgestimmt sein müssten. Der Deutsche Büchereiverband bemühe sich um Koordination der entsprechenden Initiativen. Der Verbandsvorsitzende Prof. Kroll (Köln) wies dagegen auf die Kulturhoheit der Länder hin und postulierte, dass es darauf ankomme, zunächst für Nordrhein-Westfalen die bestmögliche Lösung zu finden (Krieg 1950). Es wurde schließlich eine grundsätzliche Resolution beschlossen und dem Verbandsvorsitzenden zur redaktionellen Überarbeitung und anschließenden Weiterleitung an die Landesregierung übergeben. In der Antwort teilte das Ministerium dem Verband allerdings mit, „die Frage eines Büchereigesetzes sei noch nicht spruchreif. Der Kulturausschuß des Städtetages habe angeregt, sie im

Büchereiausschuß der Ständigen Konferenz der Kultusminister behandeln zu lassen. Dies solle alsbald geschehen“. (Krieg 1989)

In der Folge bezog der Verbandsvorsitzende mehrfach gegen die Forderung nach einem Bibliotheksgesetz Stellung. Trotzdem war es auch bei der nächsten Mitgliederversammlung 1951 wieder Thema. Dort musste Langfeldt in seinem Referat konstatieren, dass die bisherigen Ansätze für eine stärkere staatliche Förderung und gesetzliche Absicherung des Bibliothekswesens ohne nennenswerten Erfolg geblieben waren. Er plädierte daher dafür, den Kultusminister und mittelbar den Landtag in einer Resolution zur strukturellen Absicherung der Bibliotheken aufzufordern:

„Der Verband der Bibliotheken des Landes bittet den Kultusminister, sich der Notlage des Büchereiwesens anzunehmen und dem Landtage Maßnahmen vorzuschlagen, die in leistungswilligen Gemeinden und Kreisen die Errichtung lebensfähiger Büchereien ermöglichen, den Ausbau bereits bestehender Büchereien wirksam fördern und die Stetigkeit der Entwicklung sichern.“

Als Begründung wurde u. a. ausgeführt:

„Das Beispiel anderer Länder, namentlich Skandinaviens und Englands, lehrt eindringlich, wie segensreich sich ein nicht nur in den größeren Städten, sondern über das ganze weite Land hin ausgedehntes Büchereisystem für das geistige Wohl des Volksganzen auswirkt, läßt aber auch die Möglichkeit deutlich werden, den beklagenswerten Tiefstand bei uns zu überwinden. Die Notwendigkeit, allenthalben das Verlangen nach geistiger Nahrung zu befriedigen und das Bildungsstreben der Bevölkerung zu fördern, muß in Deutschland eine wahre Büchereibewegung hervorrufen (wie sie in England schon seit 100 Jahren besteht). In den Gemeinden und Kreisen muß das Bewußtsein der Verantwortung für das geistige Wohl der Bevölkerung und namentlich der Jugend geweckt und gestärkt werden. Die Büchereien können ihre Bildungsaufgabe nur erfüllen, wenn ein ausreichender Bücherbestand gesichert und die sach-

gemäße Verwaltung sowie die fachkundige Ausleihe gewährleistet ist. Die dafür erforderlichen Aufwendungen überschreiten in sehr vielen Fällen die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Kreise. Hier stützend und fördernd einzugreifen, ist eine bedeutsame und dringliche Kulturaufgabe des Landes.“ (Anonymous 1951)

Man beklagte also den geistig-kulturellen Tiefstand in Deutschland und empfahl – unter Verweis auf entsprechend positive Erfahrungen im Ausland – ein gut ausgebautes Bibliothekswesen als Abhilfe. Dafür seien ausreichende Sach- und Personalmittel vorzusehen. Da die Gemeinden dazu oft nicht in der Lage seien, müsse das Land stützend und fördernd eingreifen.

In der Aussprache hatte Kuhnt als Vertreter des Deutschen Städtetages zwar konzidiert, dass auch der Städtetag die Notwendigkeit der Bibliotheksförderung anerkenne; doch täten die Städte für ihre Büchereien bereits alles in ihren Kräften Stehende. Dem wurde dahin gehend widersprochen, dass dies zwar für viele Großstädte gelte, die Situation in der Mehrzahl der Kleinstädte aber anders sei.

Der Vertreter des Kultusministeriums, Ministerialrat Busley, wies darauf hin, dass die Kultusministerkonferenz die Beratung über ein Bibliotheksgesetz vorerst zurückgestellt habe. Die Kultusminister wollten sich aber in der nächsten Zeit mit untergesetzlichen Maßnahmen ähnlich denen befassen, wie sie in der Resolution vorgeschlagen würden. Daher sei die Annahme der Resolution durchaus im Sinne des Ministeriums, was zu ihrer einstimmigen Annahme führte.

Die Bemühungen um ein Bibliotheksgesetz fanden damit zunächst ein Ende. Für die Mitgliederversammlung 1952 bat der Vorsitzende Kroll seinen Vorstandskollegen Langfeldt darum, das Thema „Bibliotheksgesetz“ nicht anzusprechen, und auch in den nächsten Jahren wurden bibliotheksgesetzliche Regelungen nicht behandelt. Allerdings sind die Ansätze im Landeshaushalt für Titel wie „Landesbeihilfen für den Aufbau und die Förderung von Volksbüchereien der Gemeinden und von allgemein zugäng-

lichen Büchereien der Kirchen und freien Vereinigungen“ von 100.000 DM im Jahr 1949 auf 490.000 DM im Jahr 1958 gestiegen (Krieg 1989). Die Gesamtausgaben für öffentliche Büchereien beliefen sich im Jahr 1954 auf 0,72 DM je Einwohner (Anonymous 1955). Zum Vergleich: 1983 wurden je Einwohner 13 DM ausgegeben (vbnw 1984). Auf die Verbraucherpreise von 1954 zurückgerechnet, hätte dies 4,78 DM entsprochen.

„Wir Bibliothekare stehen etwas in dem Ruf, mit Schläue und Wendigkeit immer wieder neue Finanzquellen für unsere Büchereien zu erschließen.“

(Süberkrüb 1963)

In den 1960er Jahren hielten sich Initiativen für ein Bibliotheksgesetz in engen Grenzen. Im Wesentlichen war Dr. Hansjörg Süberkrüb, Direktor der Stadtbibliothek Bielefeld, als Apologet der Notwendigkeit eines Bibliotheksgesetzes in die Fußtapfen von Langfeldt getreten. Süberkrüb warb in Vorträgen und Publikationen dafür, dass ein Gesetz manches regeln und erleichtern könne, was untergesetzlich schwierig erscheine, und wies auch darauf hin, dass im Ausland ein Bibliotheksgesetz oftmals die Initialzündung für ein anhaltend prosperierendes Bibliothekswesen gewesen sei. In einem Vortrag beim niedersächsischen Landesverband des Deutschen Bibliotheksverbandes führte er aus:

„Der Überblick zeigte, daß im Öffentlichen Büchereiwesen heute Schwierigkeiten bestehen, die durch Vorträge behoben werden können, vor allem, wenn das Land hierzu anregt. Denken wir an die Organisationsformen gemeinsamer Trägerschaften. Es gibt aber auch Probleme, die kein Verband bislang allein hat lösen können:

- Ordnung der Ausbildung.
- Sicherung der Stellung der Institute und der Mitarbeiter gegenüber lokalen Zufälligkeiten.

- Sicherung der materiellen Lebensmöglichkeiten der Büchereien über einen längeren Zeitraum, als ihn die jährlich zu verabschiedenden Gemeindeetats bieten.
- Sicherung der überörtlichen Zusammenarbeit im gesamten Bücherei- und Bibliothekswesen einer Region, ja der Bundesrepublik.

Bitte, halten Sie mir, dem Nordrhein-Westfalen, nun nicht unseren Verband der Bibliotheken vor, der fachliche Dinge wie Systematik, Katalogregeln, den Kommunalen Leihring und Ausbildungsfragen angefaßt und weitgehend gelöst hat. Ähnliches ist sonst nirgendwo zustande gekommen und daß die Dinge in Nordrhein-Westfalen so gediehen, ist das Ergebnis gleichermaßen der Arbeit der Bibliothekare in einer Region dicht gedrängter Städte als auch der verständnisvollen Hilfe des Landes. Aber zurück zu unserem Thema. Wir Bibliothekare stehen etwas in dem Ruf, mit Schläue und Wendigkeit immer wieder neue Finanzquellen für unsere Büchereien zu erschließen. Mir scheint das legitim und ehrenvoll. Das jetzt so sehr beschriebene („beschriebene“?) Gesetz kann uns diese Mühe und soll uns diese Ehre nicht nehmen. Es würde dem Gesetz auch schlecht bekommen, wenn es von vornherein mit dem Odium behaftet wäre, es sei nur Mittel zum Zweck. Wenn dem so ist, dann lieber kein Gesetz. Wenn das Gesetz aber bewirken kann, daß unsere ständigen Anstrengungen dauernde Wirkung haben, dann scheint mir ein Büchereigesetz eine gute Sache.“ (Süberkrüb 1963)

In der Folge wurde deutlich, dass der Süberkrüb'sche Ansatz eine nur allzu große Berechtigung besaß: Die Findigkeit der Bibliothekare war weiterhin gefragt, eine gesetzliche Regelung hätte aber eine stabilisierende Wirkung gehabt. Im Jahr 1964 beschloss zunächst die Kultusministerkonferenz eine Empfehlung zur Erwachsenenbildung und zum Büchereiwesen, danach der Hauptausschuss des Deutschen Städtetags eine Empfehlung zur verstärkten Pflege der Wissenschaft durch seine Mitglieder, danach erschienen Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum Ausbau

der wissenschaftlichen Bibliotheken und schließlich noch ein Gutachten „Kommunale öffentliche Bücherei“ der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Krieg 1965). Bei der Mitgliederversammlung des vbnw 1965 wurden die beiden letztgenannten Dokumente in Referaten vorgestellt (Pflug 1965; Süberkrüb 1965). Süberkrüb referierte über das genannte Gutachten „Kommunale öffentliche Bücherei“, an dessen Erstellung er selbst beteiligt gewesen war. Das Gutachten nimmt die Öffentlichen Bibliotheken von ihren Aufgaben her in den Blick und konstatiert, dass ein Bedarf befriedigt werden müsse, der „weit über das hinausgeht, was auch nach dem letzten Kriege bei Planung und Einrichtung der Institute voraussehbar war“. Das Prinzip der lebenslangen Bildung führe zu einem stark steigenden Bedarf nach Fachbüchern, da einerseits Gymnasiasten und andererseits Firmen Literatur benötigten, die bislang dem Bestand wissenschaftlicher Bibliotheken zugeordnet war:

„Fassen wir dies alles zusammen, so wird heute in jedem großen, lebendigen Gemeinwesen ständig und im großen Umfang Literatur zur speziellen Vertiefung, zur fachlichen Differenzierung und zur breiten fundierten Information benötigt. (...) Wenn also die Städte fähige Köpfe in ihre Bürgerschaft ziehen wollen, wenn die Gesellschaft an hohen Leistungen ihrer Mitglieder interessiert ist – aus ganz realem Eigennutz interessiert ist –, dann wird der Aufbau leistungsfähiger Bibliotheken dafür eine ebenso wichtige Voraussetzung sein wie die Einrichtung von Schulen, die Entwicklung eines leistungsfähigen Verkehrsnetzes, die Organisation lebendiger und ertragbringender Wirtschaftsräume. In diesem Rahmen sollte die öffentliche Bücherei heute primär gesehen werden, nicht so sehr in der Nachbarschaft von Theater und Museum.“

Es werden weiter Modellzahlen vorgegeben (z. B. ein Band je Einwohner im Bestand, Erneuerungsquote 15 Prozent p.a., gebührenfreie Ausleihe; 4,5 Ausleihen je Einwohner, 1 Bibliothekar und 1–2 Gehilfen je 100.000 Einwohner), die Süberkrüb selbst als hoch einschätzt, die aber

„bei entsprechendem Aufwand auch erreicht werden könnten“. Er schließt mit dem Hinweis:

„Das Gutachten ist – in aller Vorsicht sei das gesagt – so etwas wie ein städtisches Büchereigesetz. Es postuliert: Ob ihr in X-Stadt eine Bücherei einrichtet, müßt ihr entscheiden. Wenn ihr sie aber einrichtet, dann müßt ihr sie, um gute Ergebnisse zu erzielen, nach den Maßstäben des Gutachtens einrichten. Damit ist für manche Bücherei ein heilsamer Zwang ausgeübt. Es ist aber m.E. nicht eindringlich genug zu sagen, daß hier Verpflichtungen erwachsen und andauern.“ (Süberkrüb 1965)

Das Gutachten und der von Süberkrüb daraus abgeleitete Appell kamen zu rechten Zeit, blieben aber weitgehend folgenlos. „In einer Zeit allgemeiner finanzieller Anspannung der Gebietskörperschaften“ hatte der Verband „von einer Anzahl von Büchereien alarmierende Nachrichten über zum Teil recht einschneidende Kürzungen erhalten, die in den Haushaltsplänen für 1966 bei den Mitteln für die Ergänzung und Vermehrung der Bücherbestände vorgenommen worden sind“ (vbnw 1966). Etwa jede vierte Bibliothek – unter den Großstadtbibliotheken sogar jede dritte – war von Kürzungen betroffen, die im Extremfall bis zu 75 Prozent betrugen. Erschwerend kam noch hinzu, dass das Land im selben Jahr die Fördermittel für Öffentliche Büchereien deutlich gekürzt hatte, weshalb viele Bibliotheken doppelt betroffen waren. Der vbnw richtete daher Schreiben an den Städtetag von Nordrhein-Westfalen und an den nordrhein-westfälischen Städtebund, in denen Bedenken gegen die Etatkürzungen vorgetragen wurden. Während der Deutsche Städtetag selbst ein Jahr zuvor noch festgestellt hatte, dass kulturelle Leistung Kontinuität verlange und kulturelle Tätigkeit nicht vorübergehend eingestellt und nach Belieben wieder in Gang gesetzt werden könne (vbnw 1966), führte das Fehlen einer diesbezüglichen Verbindlichkeit nicht unerwartet zu ernststen Konsequenzen für die Bibliotheksetats. In den Folgejahren setzten sich die Probleme fort: Für das Haushaltsjahr 1968 berichteten 33 von 124 ausgewerteten Bibliotheken

von Rückgängen im Gesamtetat, 28 vom Rückgang des Personaletats und 26 vom Rückgang des Erwerbungsetats (Herf 1968).

„Über die geringere Verbindlichkeit von Plänen, Empfehlungen und Gutachten hinaus kann nur eine gesetzliche Regelung bewirken, daß mit der nötigen Gleichmäßigkeit, Beharrlichkeit und Regeltreue ein brauchbares Netz bibliothekarischer Allgemeinversorgung entsteht und unterhalten wird.“

(Süßerkrüb 1978)

Zu Beginn der 1970er Jahre deuteten sich tiefgreifende Veränderungen im Bibliothekswesen an. Sie waren zum Teil auch Änderungen im Hochschulwesen geschuldet wie z. B. der Gründung von 15 Fachhochschulen und der Schließung der Pädagogischen Hochschulen samt der geplanten Bildung von Gesamthochschulen. Des Weiteren hatte Kultusminister Jürgen Girgensohn einen Ausschuss zur Bibliotheksplanung berufen. Dieser Ausschuss sollte „auf der Basis der Entwürfe eines Bibliotheksgesetzes und eines allgemeinen Strukturplanes für das Bibliothekswesen in Nordrhein-Westfalen, die von einer Arbeitsgruppe der kommunalen Spitzenverbände erstellt werden, eine umfassende gesetzliche Regelung des nichtstaatlichen Bibliothekswesens vorbereiten“ (Pflug 1972). Der erwähnte Entwurf war von den kommunalen Spitzenverbänden in Nordrhein-Westfalen erstellt worden, die damit ihrerseits auf das von der Landesregierung beschlossene „Nordrhein-Westfalen Programm 75“ reagiert hatten. Hierzu hatten die kommunalen Spitzenverbände erklärt:

„Ihrer vorrangigen Bildungsaufgabe entsprechend sind die Bibliotheken zu leistungsstarken Informations- und Dokumentationszentralen für jeden Bürger auszubauen. Dazu eignet sich nach Auffassung des Städtetags am besten ein Finanzierungsgesetz, das den Trägern allgemeiner öffentlicher Bibliotheken, Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden

und gemeinnützigen freien Vereinigungen unter bestimmten Mindestvoraussetzungen Zuschüsse zu den Gesamtausgaben gewährt.“

Für eine Stellungnahme des Städtetags war dies verhältnismäßig positiv formuliert, jedoch war auch zu befürchten, dass die Kommunen die (finanzielle) Verantwortung zum großen Teil an das Land abgeben wollten. Dem hielt der vbnw entgegen:

„Doch muß den Gemeinden unmissverständlich gesagt werden, daß dieses Gesetz nicht nur auf eine finanzielle Verpflichtung des Landes hinauslaufen darf. Auch die Gemeinden müssen Pflichten zu einem kontinuierlichen und angemessenen Unterhalt ihrer Bibliotheken übernehmen.“ (Pflug 1972)

Die drei Verbandsvertreter im „Landesausschuß zur Vorbereitung eines Bibliotheksgesetzes“ waren durch Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaften der Großstadtbibliotheken, der Mittelstadtbibliotheken und der staatlichen Büchereinstellen bestens für ihre Aufgaben präpariert. Die Arbeiten gingen aber nur zögernd voran bzw. konzentrierten sich auf den Entwurf des „Bibliotheksentwicklungsplans“, der im August 1973 vorgelegt wurde (Anonymous 1973). In den beigefügten „Zusätzlichen Empfehlungen für sofortige Maßnahmen“ tauchte das Bibliotheksgesetz wieder auf:

„Es wird vorgeschlagen, aufgrund der Empfehlungen des Ausschusses, ein Bibliotheksgesetz zu erarbeiten, das die Grundlage zur Errichtung eines funktionierenden Stufensystems von Bibliotheken im Land Nordrhein-Westfalen sowie für ihre finanzielle Förderung durch das Land bietet. Der Ausschuß gibt einem Förderungsgesetz gegenüber einem Pflichtgesetz der besseren Entwicklungsmöglichkeiten wegen den Vorzug.“ (Klotzbücher 2000)

Der ebenfalls geforderte „Landesbeirat für Bibliotheksfragen beim Kultusminister“ wurde nie einberufen, weshalb weiterhin der vbnw für ein Bibliotheksgesetz streiten musste. Der Entwurf wurde in verschiedenen

Gremien des Verbandes – wobei die Arbeitsgruppe der Klein- und Mittelstadtbibliotheken auch negative Auswirkungen des Gesetzes befürchtete – und schließlich am 9.10.1975 vom Vorstand des vbnw endgültig beraten. Der Vorsitzende berichtete bei der Mitgliederversammlung des vbnw am Folgetag:

„Was das Bibliotheksgesetz für unser Land anbetrifft, so hat der Verband auf seiner gestrigen Sitzung alle Änderungsvorschläge der verschiedenen Arbeitsgemeinschaften unseres Verbandes beraten, eine abschließende Stellungnahme wird in Kürze an den Kultusminister abgehen. Wir können nur hoffen, dass trotz Finanzkrise und Haushaltssperren hier im nächsten Jahr ein Fortschritt zu verzeichnen sein wird.“ (Lohse 1976)

Es folgten intensive Bemühungen im parlamentarischen Raum, insbesondere durch den neuen Verbandsvorsitzenden Hans Joachim Kuhlmann.

Diese Anstrengungen kulminierten in der Jahresversammlung 1977 in Hamm, die unter dem Titel „Forderungen an ein Bibliotheksgesetz“ stand. Grundlage der Beratungen war der „Arbeitsentwurf Gesetz zur Förderung des Öffentlichen Bibliothekswesens. Stand: 1.1.1976“ (Anonymous 1978b). Hansjörg Süberkrüb stellte den Entwurf vor, begründete die Notwendigkeit eines Bibliotheksgesetzes unter anderem mit dem von Jahr zu Jahr stark schwankenden Landeszuschuss und untermauerte die Forderungen mit konkreten Berechnungen des Finanzbedarfs für Bibliotheken der 1., 2. und 3. Stufe (Süberkrüb 1978). Angesichts des „Deutschen Herbstes“ 1977 sah Süberkrüb ein weiteres Argument für ein Bibliotheksgesetz in der bedrohten Freiheit der Bibliothekare von Zensur, Bevormundung und Vereinnahmung:

„Die breit wuchernde, völlig kontroverse Auseinandersetzung um Terroristenbekämpfung und Sympathisantenbefehdung (hat uns) schmerzhaft deutlich gemacht, wie sehr jeder Parteiung daran liegt, die öffentlichen Bibliotheken auf ihre Seite zu ziehen und gegenteilige Meinungen

in den Bibliotheken zu unterdrücken. So wie die Lehrer ihre gesetzlich gesicherte pädagogische Freiheit dringend und existenziell brauchen, so brauchen auch die Bibliothekare die gesetzlich abgesicherte Kompetenz für ausgewogenen Bestandsaufbau in einer öffentlichen Bibliothek der pluralistischen Gesellschaft.“

Die Jahresversammlung konstatierte, dass „der in allen Gremien diskutierte Entwurf der Berufsöffentlichkeit noch wenig bekannt“ sei, beschloss eine Resolution, mit der Exekutive und Legislative aufgefordert wurden, ein Bibliotheksgesetz auf den Weg zu bringen, und empfahl den Entwurf des Verbandes als Grundlage hierfür (Müller 1978). Der Ausschuss für Schule und Kultur des nordrhein-westfälischen Landtags befasste sich am 14.6.1978 mit der Materie. Einem Bibliotheksgesetz stand man nicht ablehnend gegenüber:

„Eine wesentliche Verbesserung ist sowohl durch die Aufstockung der Förderungsmittel als auch durch eine gesetzliche Festlegung der Literaturversorgung in einem eigenständigen Bibliotheksgesetz zu erreichen.“ (Anonymous 1978a)

Explizit gefordert hat der Ausschuss allerdings nur ein Denkmalschutzgesetz. Und auch im Weiteren nahm der Widerstand gegen eine gesetzliche Regelung vor allem im Kulturbereich zu. Der Vorsitzende Severin Corsten stellte bei der Mitgliederversammlung des vbnw 1979 fest:

„Während der Verband bei den Politikern der im Landtag vertretenen Parteien auf Verständnis und Bereitwilligkeit für seine Argumente gestoßen ist, muß er jedoch feststellen, daß die öffentliche Meinung unseren Absichten nicht durchweg günstig gesinnt ist. Das Schlagwort von der ‚Gesetzesflut‘, der es zu begegnen gelte, ist im Schwange.“ (Corsten 1980)

Günter Solle, Vertreter des Kultusministeriums, machte bei dieser Mitgliederversammlung unmissverständlich klar, dass es keine Aussicht auf Verabschiedung eines Bibliotheksgesetzes gebe:

„Sie erwarten von mir sicher einige Worte zum Bibliotheksgesetz; auf der Jahrestagung in Hamm vor 2 Jahren war es noch im Mittelpunkt, und nun hört man kaum noch etwas davon. Tatsächlich ist dazu zu sagen, daß es nichts zu sagen gibt, d. h. zur Zeit keine Aussicht auf Verwirklichung besteht. Gründe dafür sind einmal in der nach wie vor fehlenden politisch wirksamen Lobby für Öffentliche Bibliotheken zu sehen (...) zum ändern muß man leider feststellen, daß die Schar derer ständig zunimmt, die jegliche weitere Gesetzesregelung, vor allem im Kulturbereich, rundheraus ablehnt.“ (Solle 1980)

Dies war das Sterbeglöckchen für das Bibliotheksgesetz, und ein Jahr später fand sich der Verband mit diesem Umstand ab. Severin Corsten begann seinen Tätigkeitsbericht zur Mitgliederversammlung 1980 mit den Worten:

„Schon ein flüchtiger Blick in die jüngere Geschichte unseres Verbandes lehrt, daß es vor allem ein Ziel gewesen ist, dem während der letzten Jahre unsere ausdauerndsten und hartnäckigsten Bemühungen gewidmet waren. Ich meine das ‚Bibliotheksgesetz‘, das ‚die Grundlage zur Einrichtung eines leistungsfähigen Stufensystems von Bibliotheken im Lande und für ihre finanzielle Förderung‘ bieten soll. (...) Leider konnte der Vorsitzende schon im vorigen Jahr nur gedämpfte Hoffnungen für einen baldigen glücklichen Abschluß der jahrelangen Bemühungen äußern. Heute nun, nachdem wiederum ein Jahr ins Land gegangen ist und dieses Land ein neues Parlament und eine neue Regierung erhalten hat, kommen wir um die nüchterne Feststellung nicht mehr herum: Die Bemühungen um das Bibliotheksgesetz müssen vorerst als gescheitert angesehen werden. Alle, die in dieser Sache ein Wort mitzureden haben – die Politiker aller Parteien ebenso wie die Kommunalen Spitzenverbände, die Medien und die von ihnen beeinflusste Öffentlichkeit –, sind gegen zusätzliche gesetzliche Regelungen oder halten es zumindest für geraten, im Augenblick in dieser Hinsicht zurückhaltend zu taktieren.“ (Corsten 1981)

„Der Rotstift wird mit Härte und Unerbittlichkeit geführt.“

(Corsten 1982)

Der Kampf für ein Bibliotheksgesetz, der ein Jahrzehnt lang intensiv geführt worden war, endete ohne Erfolg. Und bedauerlicherweise zeigten sich die negativen Folgen postwendend, da den Bibliotheken Anfang der 1980er Jahre drastische Sparmaßnahmen auferlegt wurden.

„Wie Sie wissen, sind die öffentlichen Haushalte auf den verschiedenen Ebenen nicht ganz unversehens, aber doch so recht von heute auf morgen in schwere Bedrängnis geraten. (...) In Situationen dieser Art neigen Politiker und Finanzgewaltige zu Aktionen, die scharf konturiert sind und in der Öffentlichkeit keine Zweifel lassen sollen, daß nun eisern gespart werde. Der Rotstift wird mit Härte und Unerbittlichkeit geführt. (...) Aber sehen wir einmal davon ab, wie wenig die Durchführung der Sparanordnungen auf die Belange und den Arbeitsablauf der Bibliotheken abgestimmt wurde. Der Umfang der Einsparungen ist es vor allem, der Schrecken und Unruhe hervorruft. Es gibt Großstadtbibliotheken, denen für 1982 Kürzungen, die an 50 Prozent heranreichen, zugemutet werden. In aller Öffentlichkeit wird bereits erörtert, daß wegen des Wegfalls von Planstellen Zweigstellen geschlossen werden müssen.“ (Corsten 1982)

Auch bei den folgenden Mitgliederversammlungen 1983 und 1984 waren drastische Kürzungen bei Öffentlichen und Wissenschaftlichen Bibliotheken und deren Auswirkungen bis hin zur Schließung von Bibliotheken zentrales Thema. Ab Mitte der 1980er Jahre trat die Finanzproblematik in den Hintergrund, setzte sich jedoch schleichend fort, und wurde Mitte der 1990er Jahre wieder akut. „In Nordrhein-Westfalen sind alleine von 1993 auf 1994 48 öffentliche Bibliotheken von der Bildfläche verschwunden, meist Fahrbibliotheken und Zweigstellen in Bibliothekssystemen. Seit 1988 wurden in diesem Bundesland 116 Bibliotheken geschlossen, das sind über 13 Prozent“ (Brenner 1996). Auch Anfang des

21. Jahrhunderts waren Kürzungen wieder ein wichtiges Thema, vorwiegend im Landeshaushalt, wo über mehrere Jahre hinweg die Ansätze zur Förderung Öffentlicher Bibliotheken reduziert wurden oder sogar ganz gestrichen werden sollten (was Proteste des vbnw abzuwehren vermochten), aber auch auf kommunaler Ebene wie etwa ein völliger Erwerbungsstopp der Stadtbibliothek Gelsenkirchen im Jahr 2004 (Dierkes 2004). Das Thema „Bibliotheksgesetz“ wurde aber eine ganze Generation lang, etwa von 1980 bis 2007, nicht mehr angegangen.

„Das Bibliotheksgesetz ist wichtig, und es ist richtig, ein Bibliotheksgesetz zu erlassen.“

(Andreas Bialas, MdL)

In ganz Deutschland erhielt das Thema „Bibliotheksgesetz“ einen neuen Impuls durch die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags. Sie legte am 11.12.2007 ihren Abschlussbericht vor, in dem „eine rechtliche Aufwertung von Bibliotheken“ gefordert wurde. Als Handlungsempfehlung wurde festgehalten:

„Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern, Aufgaben und Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken in Bibliotheksgesetzen zu regeln. Öffentliche Bibliotheken sollen keine freiwillige Aufgabe sein, sondern eine Pflichtaufgabe werden. Alternativ zu Bibliotheksgesetzen der Länder kann die rechtliche Sicherung von öffentlichen Bibliotheken auch durch einen länderübergreifenden Staatsvertrag angestrebt werden.“ (Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ 2007)

In der Folge entstanden in vielen Bundesländern Diskussionen im parlamentarischen und außerparlamentarischen Raum. Als erstes Bundesland verabschiedete Thüringen ein Bibliotheksgesetz (Steinhauer 2008).

In Nordrhein-Westfalen fand in der 14. Wahlperiode des Landtags (CDU/FDP-Koalition) eine erste Befassung mit den Rahmenbedingungen

für die Bibliotheken im Lande statt. Beratungsgrundlage waren ein Antrag der SPD sowie ein Antrag von CDU und FDP. Der Landtag verwies die Anträge nach Debatte in den Kulturausschuss (federführend) und drei weitere Ausschüsse, die aber ausnahmslos nicht inhaltlich diskutierten. Bei zwei Befassungen im Kulturausschuss (MMA 14–635 und MMA 14–684) versuchte Monika Brunert-Jetter, Antragstellerin der CDU und gleichzeitig Präsidentin des vbnw, die SPD davon zu überzeugen, ihren eigenen Antrag zunächst zurückzuziehen. Der CDU/FDP-Antrag, der im Ergebnis lediglich eine Bestandsaufnahme des Bibliothekswesens forderte, sei der grundlegende Antrag; Inhalte des SPD-Antrags, die teilweise sehr begrüßenswert seien, könnten sachgerecht erst auf der Basis der zu gewinnenden Erkenntnisse beschlossen werden. Claudia Nell-Paul (SPD) hielt dem unter Verweis auf die Deutsche Bibliotheksstatistik entgegen, dass alle notwendigen Daten vorhanden seien bzw. durch die Verwaltung gewonnen werden könnten. Es sei vielmehr an der Zeit, dass sich auch der Landtag NRW der Forderung der Enquete-Kommission stelle und ein Bibliotheksgesetz beschließe. Das werde auch von der gesamten Fachwelt erwartet, in der niemand mehr die Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage infrage stelle. Als „Kronzeugin“ genannt wurde in diesem Zusammenhang Monika Rasche, Vorsitzende des vbnw. Der SPD-Antrag forderte die Landesregierung u. a. auf, „ein Bibliotheksgesetz in den Landtag NRW einzubringen, das unter strenger Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips ein leistungsstarkes Bibliothekssystem zum Ziel hat, welches im Bestand gesichert und unter Berücksichtigung internationaler Standards weiter ausgebaut werden muss“. (MMP 14–6316) Der Kulturausschuss lehnte den Antrag der SPD mit den Stimmen von CDU/FDP ab und stimmte dem Antrag von CDU und FDP (MMP 14–6319) zu. Der Landtag schloss sich dem am 18.6.2008 an. Beschlossen wurde somit: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Situation der Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen, besonders der öffentlichen und der Bibliotheken im ländlichen Raum, zu analysieren,

- dem Parlament die Ergebnisse einer solchen Bestandserhebung vorzulegen,
- hierbei auch ehrenamtlich geführte Bibliotheken einzubeziehen und
- Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten zu identifizieren.“

Auch die vbnw-Mitgliederversammlung 2008 stand ganz im Zeichen des Bibliotheksgesetzes: Im Studienteil fand eine Podiumsdiskussion mit den kulturpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen statt. In ihren Stellungnahmen, die auch in ProLibris abgedruckt sind (13(3), S. 157–159), sprachen sich die Politiker/-innen durchweg für ein Bibliotheksgesetz aus. Entsprechend groß waren die Erwartungen der Bibliotheken an den Gesetzgeber.

Die vom Landtag in Auftrag gegebene Bestandsaufnahme wurde von der Staatskanzlei unter dem Titel „Das Öffentliche Bibliothekswesen in Nordrhein-Westfalen. Bericht zum Entwicklungsstand“ am 31.8.2009 vorgelegt (MMV 14/2778) und am 2.9.2009 im Kulturausschuss beraten (MMA 14–932). Der Ausschuss hielt abschließend fest, das Thema noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, damit den Mitgliedern eine längere Vorbereitungszeit zur Verfügung stünde und dazu auch Barbara Möllers, Autorin des Berichts, zu einem einführenden Statement einzuladen. Diese Sitzung hat in der sich dem Ende zuneigenden 14. Legislaturperiode jedoch nicht mehr stattgefunden.

„Von einem finanziell nicht ausreichend ausgestatteten Kulturfördergesetz hat keiner etwas, weder die Bibliotheken noch die Theater, die Museen, die freie Szene und die übrigen Kultureinrichtungen.“

(vbnw 2011b)

Aus der Wahl zum 15. Landtag ging eine rot-grüne Koalition unter Hannelore Kraft als Nachfolgerin der schwarz-gelben Regierung unter

Jürgen Rüttgers hervor. Nach Maßgabe der Wahlprogramme sollte der Beschluss eines Bibliotheksgesetzes nur eine Frage der Zeit sein: Sowohl die SPD („Wir werden Aufgaben und Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken in einem Bibliotheksgesetz NRW regeln.“ (SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen 2010)) als auch die Grünen („Wir Grünen wissen um die Bedeutung der Bibliotheken als außerschulische Lernorte und zeitgemäße kommunale Kulturvermittler. (...) Deshalb setzen wir uns für ein Bibliotheksgesetz ein.“ (Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW 2010)) hatten sich eindeutig positioniert. Im Koalitionsvertrag wurde ein Bibliotheksgesetz jedoch nur noch als eine mögliche Alternative neben einem allgemeineren Kulturfördergesetz genannt:

„Wir werden die reiche und vielfältige Bibliothekslandschaft in unserem Lande sichern und ihren Ausbau zu multimedialen Kommunikationszentren fördern. Zu diesem Zweck wollen wir die Aufgaben und die Finanzierung der öffentlich zugänglichen Bibliotheken in unserem Lande entweder in einem Bibliotheksgesetz NRW oder im Rahmen eines Gesetzes zur kulturellen Bildung neu regeln.“ (Anonymous 2010)

Diesem Ansinnen kam aber zunächst Monika Brunert-Jetter (CDU) zuvor, indem sie im November 2010 ein „Gesetz zum Erlass eines Bibliotheksgesetzes und zur Änderung der Landschaftsverbandsordnung“ (MMD 15–474) in die parlamentarische Beratung einbrachte. Besonders wichtiger Bestandteil des Gesetzentwurfs war die Festschreibung einer Fördersumme von jährlich 12 Millionen Euro. In der Landtagsdebatte (MMP 15–13) wurde die Initiative von allen Rednern grundsätzlich begrüßt. Bemängelt wurde dagegen seitens der Fraktion Die Linke die vorgesehene Förderung von privaten und kirchlichen Bibliotheken und seitens der Grünen die Nichtberücksichtigung von Schulbibliotheken. Die Redner der Regierungsfractionen einschließlich Kultusministerin Ute Schäfer gaben zu verstehen, dass sie ein Kulturfördergesetz präferier-

ten. Der Antrag wurde einstimmig in den Kulturausschuss (federführend) sowie in den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen.

Im Mai 2011 fand eine Anhörung des Kulturausschusses zum Bibliotheksgesetz statt (MMA 15–193). Von kommunalen Spitzenverbänden und verschiedenen bibliothekarischen Gremien waren im Vorfeld 15 Stellungnahmen eingegangen. Darin wie auch in der Anhörung waren die Positionen ziemlich deutlich unterscheidbar: Während die Bibliothekare für ein Bibliotheksgesetz mit verpflichtendem Charakter – zumindest mit Blick auf eine Mindestfördersumme – plädierten, sprachen sich die kommunalen Spitzenverbände klar dagegen aus. Ein Spartengesetz für die Bibliotheken werde weitere nach sich ziehen und im Übrigen seien die kommunalen Kassen leer. Der vbnw, der bei der Anhörung durch den Vorsitzenden Rolf Thiele (USB Köln), den stellvertretenden Vorsitzenden Harald Pilzer (StB Bielefeld), Renate Vogt (ULB Bonn) und den Bibliotheksrechtsexperten Eric Steinhauer (UB Hagen) vertreten war, traf in seiner Stellungnahme (vbnw 2011a) sechs Grundaussagen:

1. Der vbnw begrüßt die Initiative für ein Bibliotheksgesetz in Nordrhein-Westfalen.
2. Der vbnw akzeptiert die Definition der Bibliotheken als freiwillige Aufgabe.
3. Der vbnw präferiert ein Bibliotheksgesetz gegenüber einem Gesetz zur kulturellen Bildung.
4. Der vbnw begrüßt die gesetzliche Verankerung einer Mindestfördersumme und weist nachdrücklich auf die finanziellen Notwendigkeiten hin.
5. Der vbnw vermisst Regelungen für die Schulbibliotheken.
6. Der vbnw setzt sich für den Erhalt und die Stärkung der bibliothekarischen Fachstellen ein.

Kurz darauf brachten die Fraktionen von SPD und Grünen einen Antrag für ein „Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in NRW“ (MMD15–2365) in die parlamentari-

sche Beratung ein. In der ersten Lesung (MMP15 – 39) kritisierte Monika Brunert-Jetter (CDU):

„Ein bisschen hinterlässt Ihr jetziges Vorgehen schon ein Geschmäcke. (...) Es riecht alles sehr nach Spielen auf Zeit. (...) Da bringt die CDU-Fraktion ein Bibliotheksgesetz ein, wir machen eine Expertenanhörung, bei der sich bis auf einen Vertreter alle für ein Bibliotheksgesetz aussprechen, und es könnte jetzt genau das geschehen, was Sie in der letzten Wahlperiode nicht müde wurden, immer wieder zu fordern, nämlich in Nordrhein-Westfalen ein Bibliotheksgesetz einzuführen, sogar hinterlegt mit einer Finanzierung. Stattdessen legen Sie uns heute viel Prosa vor, aber nichts Konkretes.“

Aber Andreas Bialas (SPD) hatte zu Beginn der Beratungen die Tür für ein Bibliotheksgesetz (oder untergesetzliche Regelungen) noch nicht ganz zugeschlagen:

„Wir möchten ein Gesetz für alle Sparten und keine Einzelgesetze, wobei wir sehr genau hinschauen, ob eine Sparte einer zusätzlichen Einzelregelung bedarf, beispielsweise das Bibliotheksgesetz.“

Dagegen positionierte sich Ministerin Ute Schäfer (SPD) abermals deutlich gegen Spartengesetze:

„Ich bin davon überzeugt, dass es uns mit einem Gesetz gut gelingen wird, den gesamten Bereich im Blick zu behalten, weil einzelne Spartengesetze (...) das Problem nicht lösen. Eine Anhörung zu Musikschulen würde die gleiche Resonanz erzeugen, die die Anhörung beim Bibliotheksgesetz gezeigt hat.“

Der vbnw äußerte sich in einer Stellungnahme (vbnw 2011b) „skeptisch hinsichtlich der zu erwartenden Ergebnisse gerade für das Bibliothekswesen in Nordrhein-Westfalen, das in seiner kooperativen Struktur aus zentralen Einrichtungen, wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliotheken gefördert und für die Herausforderungen der Wissensgesellschaft gestärkt werden muss. (...) Ein Bibliotheksgesetz wäre sinnvoller und vor

allem rascher umsetzbar gewesen! Der Entwurf eines Bibliotheksgesetzes durch die CDU hatte bei aller Kritik im Einzelnen, die der vbnw in seiner Stellungnahme vom 19.04.2011 auch hervorgehoben hat, einen entscheidenden Vorteil: Er nannte mit 12 Millionen Euro eine konkrete Mindestsumme, die für die Förderung der Öffentlichen Bibliotheken jährlich aufgewandt werden sollte. Eine solche Fördersumme fehlt in dem vorgelegten Antrag ganz. In Hintergrundgesprächen werden Summen genannt, mit denen eigentlich keiner zufrieden sein kann. Von einem finanziell nicht ausreichend ausgestatteten Kulturfördergesetz hat keiner etwas, weder die Bibliotheken noch die Theater, die Museen, die freie Szene und die übrigen Kultureinrichtungen.“

Der Landtag überwies den Antrag zusammen mit einem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (MMD15 – 2433) an den Kulturausschuss. Dort wurde der CDU-Antrag ruhend gestellt und der Antrag der Regierungsfractionen in zweiter Lesung am 9.11.2011 mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken verabschiedet (MMA15 – 322). Die Regierung war also beauftragt zu handeln, doch mit der Selbstauflösung des Landtags am 14. März 2012 war das Thema – wieder einmal – erledigt.

Literaturhinweise:

- Anonymous (1951): „Entschließung betr. Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Büchereiwesens in Nordrhein-Westfalen“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 2: 41 – 42
- Anonymous (1955): „Berichtigung“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 6: 21
- Anonymous (1973): „Empfehlungen zum Ausbau des Bibliothekswesens in Nordrhein-Westfalen“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 23: 211 – 224
- Anonymous (1978a): „Alle drei Fraktionen für „offensive Kulturpolitik“ „. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 28: 367 – 370

- Anonymous (1978b): „Arbeitsentwurf. Gesetz zur Förderung des Öffentlichen Bibliothekswesens. Stand: 1. 1. 1976“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 28: 370–374
- Anonymous (2010): „Gemeinsam neue Wege gehen. Koalitionsvertrag zwischen der NRWSPD und Bündnis 90/Die Grünen NRW“
- Bayer, W. (1951): „Die Vielfalt der Bibliotheken und die Einheit ihrer Aufgabe“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 2: 14–29
- Böll, H., zitiert in: ZfBB Sonderheft. 54: 1–2
- Brenner, R. (1996): „Der Wind bläst den Bibliotheken ins Gesicht. Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e. V.“. ProLibris 1(1): 13–14
- Corsten, S. (1980): „Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e. V.“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 30: 29–32
- Corsten, S. (1981): „Die Tätigkeit des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e. V. im Jahre 1975“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 31: 77–83
- Corsten, S. (1982): „Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e. V.“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 32: 8–13
- Dierkes, T. (2004): „Protokoll der Jahreshauptversammlung des vbnw am 16.06.2004 in der Bibliothek der Deutschen Sporthochschule in Köln, 9:20 Uhr – 10:35 Uhr“. ProLibris 9(3): 110
- Donnison, F. S. V. (1961): „Civil affairs and military government. North-West Europe 1944 – 1946“. London, Her Majesty's Stationery Office
- Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ (2007): „Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607000.pdf>
- Garside, K. (1947): „Post-war problems of German libraries“. The Library Association Record 49(7): 169–174
- Herf, E. (1968): „Die Mittel für die nordrhein-westfälischen Bibliotheken und Buchereien im Haushaltsjahr 1968“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 18: 200–206
- House of Commons (2004): „Scientific Publications: Free for all?“
- ICOLC (2009): „Statement on the Global Economic Crisis and Its Impact on Consortial Licenses“. Retrieved 27.3.2011, from <http://www.library.yale.edu/consortia/icolc-econcrisis-0109.htm>
- Klotzbücher, A. (2000): „Bibliothekspolitik in Nordrhein-Westfalen: die Geschichte des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 1965–1995“. Frankfurt am Main

- Krieg, W. (1950): „Die Mitgliederversammlung und Arbeitstagung des Verbandes in Wuppertal am 5. Mai 1950“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 1(1): 1 – 10
- Krieg, W. (1965): „Die Gutachten für die Bibliotheken und Büchereien und ihre Auswirkungen auf das nordrhein-westfälische Bibliothekswesen“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 15: 19 – 21
- Krieg, W. (1989): „Der Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen von seiner Gründung bis zum Sommer 1964“. Frankfurt am Main, Bern, New York, Paris, Verlag Peter Lang
- Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW (2010): „Zukunftsplan NRW. Das Programm zur Landtagswahl 2010“
- Langfeldt, J. (1949): „Grundsätzliche und andere Erwägungen zu einem Büchereigengesetz“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen
- Lohse, H. (1976): „Die Tätigkeit des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 1975“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 26: 6 – 9
- Müller, G. (1978): „Die neunundzwanzigste Jahresversammlung des Verbandes am 7. Oktober 1977 in Hamm“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 28: 1 – 3
- Pflug, G. (1965): „Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 15: 30 – 35
- Pflug, G. (1972): „Die Tätigkeit des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 1971“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 22: 5 – 12
- Reed Elsevier (2011): „Annual Reports and Financial Statements 2010“, http://reports.reedelsevier.com/documents/pdfs/reed_ar_2010.pdf
- Schmidt-Künsemüller, F. A. (1947): „Die deutschen Bibliotheken“. Die Gegenwart 2(5/6): 32 – 24
- Schmitz, W. (2006): „Kirche ohne Buch? Der vbnw sorgt sich um den Auflösungsprozeß kirchlicher Bibliotheken“. ProLibris 11(2): 74 – 75
- Solle, G. (1980): „Begrüßungsworte des Vertreters der für das Bibliothekswesen zuständigen Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen zur Jahrestagung des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e. V. am 4. Oktober 1979 in Köln“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 30: 32 – 35
- SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen (2010): „Unser NRW. Mutig. Herzlich. Gerecht. Programm zur Landtagswahl am 9. Mai 2010.“
- Spender, S. (1995): „Deutschland in Ruinen. Ein Bericht“. Heidelberg, Mattes.
- Steinhauer, E. W. (2008): „Wenig ambitioniert, halbherzig, unkonkret oder doch vorbildlich, nützlich und ein guter Anfang?“. BuB: Forum Bibliothek und Information 60(9): 642 – 643

- Süberkrüb, H. (1963): „Büchereigesetze in der Bundesrepublik?“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 13: 101 – 110
- Süberkrüb, H. (1965): „Das Gutachten der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 15: 21 – 30
- Süberkrüb, H. (1978): „Forderungen an ein Bibliotheksgesetz. Der Gesetzesentwurf und seine Notwendigkeit für das Land NRW“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 28: 16 – 23
- vbnw (1966): „Haushaltskürzungen bei Büchereien in Nordrhein-Westfalen“. Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen 16(4): 213 – 215
- vbnw (1984): „Bibliotheksland NRW“
- vbnw (2009): „Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern. (Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, Art. 18, Abs. 1). Stellungnahme des Verbandes der Bibliotheken Nordrhein-Westfalens e. V. – vbnw zur überörtlichen Prüfung der kreisfreien Städte durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen – GPA NRW (2007 – 2008)“. ProLibris 14(2): 84 – 85
- vbnw (2011a): „Gesetz zum Erlass eines Bibliotheksgesetzes und zur Änderung der Landschaftsverbandordnung. Gesetzesentwurf der CDU, Drucksache 15/474. Öffentliche Anhörung des Kulturausschusses am 4. Mai 2011. Stellungnahme des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen (vbnw)“, <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST15-519.pdf>.
- vbnw (2011b): „Kulturförderungsgesetz oder Bibliotheksgesetz? Eine Erklärung des Verbandes der Bibliotheken des Landes NRW“, http://www.ub.uni-koeln.de/e50/e15994/e15995/e36287/presseerklaerung_kulturfoerderungsgesetz_260711_ger.pdf